Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Boten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 54 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Mittwoch, den 5. März 1930**

Wirtschaft im Niedergang.

Sowenig eine Schwalbe den Sommer macht, kann man daraus, daß hier und da eine Aktiengesellschaft eine gute Dividende zahlt oder eine Industriegruppe, vielleicht sogar ein bestimmter Zweig der deutschen Wirtschaft von befriedigenden Beschäftigungs- und Absatzverhältnissen berichtet, nun etwa die allgemeinen Klagen über die geradezu katastrophal schlechte Wirtschaftskonjunktur als Zweckpessimismus, als weit übertrieben oder — im Hinblick auf die gegenwärtigen Steuererhöhungspläne — als den Versuch betrachten, sich von jeder Mehrbelastung „drücken" zu wollen. Leider ist dieser Pessimismus nur allzu berechtigt, denn z. B. die Zahl der Konkurse bzw. gerichtlichen Vergleiche ist nicht bloß noch im Februar höher als noch im Vormonat gewesen, sondern diese Ziffer von allein über 1100 Konkursen ist fast dreimal so hoch als im gleichen Monat des Jahres 1927. Ebenso liegt es bei den gerichtlichen Vergleichen, wobei man noch bedenken muß, daß hier wie dort die Ziffern weit, weit höher sein würden, wenn man auch die außergerichtlichen Vergleiche sowie jene Konkursanträge einbeziehen würde, die wegen Mangels an Masse abgelehnt werden mußten. Und leider ist noch ein weiteres an diesem traurigen Bild festzustellen, die Hauptleidtragenden dabei sind nicht etwa allein Großhandelsfirmen oder Bankgeschäfte, deren Insolvenzen oft so großes Aufsehen erregten, sondern jedesmal riß ein solcher Zusammenbruch zahlreiche Existenzen des Mittelstandes in Handel und Gewerbe mit sich, so daß zahlenmäßig gerade dieser Zweig der deutschen Wirtschaft von neuem schwer gelitten hat und immer noch leidet. Die Insolvenz eines einzigen großen Textilkonzerns im Rheinland z. B. brachte nicht weniger als 118 Kleingeschäfte „zur Strecke". Das ist kein Abbrechen morscher Äste vom Baume der Wirtschaft mehr, das ist wirkliche Not.

*

Schwer genug hat auch die Schwerindustrie zu kämpfen und man braucht sich bei der Beurteilung der Lage nicht etwa an die allgemeinen Klagen, sondern nur an die Tatsachen zu halten. „Wat dem einen sin Uhl ist, ist dem annern sin Nachtigall" — und wenn man von den milden Temperaturen dieses Winters im allgemeinen sehr angenehm berührt war, so hat diese Wintermilde den Kohlenerzeugern das Geschäft sehr erheblich verdorben. Schnell wachsende Haldenbestände, Feierschichten, selbst Arbeiterentlassungen, namentlich in der Braunkohlenindustrie, sind die wirtschaftlich natürliche Folge geworden. Ebenso ist die deutsche Eisen- und Stahlindustrie nur zu 60 bis 70 Prozent des vorjährigen Bestandes mit Aufträgen versehen. Und das heißt nichts anderes, als daß sie ihre wirkliche Leistungsfähigkeit nur etwa zur Hälfte ausnutzen kann. Einen kleinen Lichtblick bedeutet es, daß wenigstens die deutsche Elektroindustrie einen steigenden Absatz vor allem nach dem Auslande verzeichnen kann. Aber die Schwierigkeiten bei der Kohle, dem Eisen, nicht zuletzt auch dem Baugewerbe als den eigentlichen „Schlüsselindustrien" üben eine die ganze Wirtschaft deprimierende Wirkung aus. Über die Lage in der Textilindustrie, vom Erzeuger bis zum letzten Konfektionsgeschäft hinunter, braucht ja überhaupt kein Wort mehr verloren zu werden.

*

Und daher nimmt's nicht wunder, ist eine Selbstverständlichkeit, daß immer lauter und energischer der Ruf, die Mahnung, die Forderung kommt: „So wie bisher, darf es nicht weitergehen!" Geschweige denn, wie auf einer Sitzung der deutschvolksparteilichen Vereinigung für Handel und Industrie, daß durch Erhöhung der direkten Steuern wiederum eine Mehrbelastung erfolgt, wie schon immer seit den Tagen der Stabilisierung. Heftig wurde protestiert gegen das geradezu unerträgliche Anwachsen der öffentlichen Ausgaben, das nicht einmal für das kommende Etatsjahr trotz furchtbaren Defizits gehemmt werden soll. Scharf wandte man sich auf dieser Vereinigung der deutschvolksparteilichen Wirtschaftler auch gegen jede weitere Steigerung der Löhne, ein Standpunkt, der sich wohl auch bei den kommenden umfangreichen Tarifverhandlungen geltend machen wird. Und so erregt war die Stimmung auf dieser Versammlung, daß unverhüllt der Ansicht Ausdruck gegeben wurde, die Deutsche Volkspartei dürfe dem Young-Plan nur zustimmen, wenn eine radikale Umkehr auf dem bisher eingeschlagenen Wege der Wirtschafts- und Finanzpolitik erfolge; sonst müsse entweder ein Ermächtigungsgesetz wie 1923 eingeführt oder der Versuch zur Schaffung einer anderen als der bisherigen Regierungskoalition gemacht werden. Oder — Reichstagsauflösung erfolgen.

*

Aber nicht bloß die großen Sorgen reizen zum Widerspruch und Widerstand, zum Protest und Tadel an den Unzweckmäßigkeiten, dem Hemmenden und vielfach allzu Schwerfälligen in der Verwaltung, — kleinere Sorgen tun es nicht minder. Sie drücken ja auch stark genug, könnten leichter Milderung erfahren. So beschweren sich die Gewerbekammern der drei Hansastädte laut darüber, daß im nordwestlichen Küstengebiete sechs Landesfinanzämter nebeneinander bestehen, aber die „Zuständigkeiten" örtlich völlig durcheinandergehen. Daß vielfach ein Gewerbetreibender nur ein paar Minuten Weges bis zum nächsten Finanzamt hat, dies aber aus unerfindlichen Gründen für ihn nicht zuständig ist, er zu einem weit entlegneren pilgern muß. Der Weg zum Finanzamt gehört nicht zu den Annehmlichkeiten des Daseins, darum sollte er wenigstens kurz sein. Schmerzvoll ist er ganz allein schon.

Immer noch in der Schwebe

Verständigungspläne in Berlin.

Versuche des Reichsfinanzministers.

In der abermaligen Sitzung des Reichskabinetts am Dienstag wollte Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer den Versuch machen zu einer Einigung auf ein gemeinsames Steuerprogramm, und zwar auf Grund einer Kompromißlösung, der sämtliche Regierungsparteien zustimmen könnten. Ob dieser Versuch Aussicht auf Erfolg besaß, wurde bis zum Abend nicht klar, da vor allen Dingen die Meinung der Deutschen Volkspartei noch nicht gewonnen war. Der Fraktionsvorstand der Volkspartei lehnte in einer Beratung Dienstag mittag den Vorschlag der Demokraten zur Einführung eines allgemeinen Notopfers mit Rückzahlungsgewähr im nächsten Jahr ab, der an die Stelle des zuerst verlangten Notopfers der Festbesoldeten getreten war. Da der Reichskanzler ziemlich entschieden für die alsbaldige Verabschiedung der Young-Gesetze sich ausgesprochen hatte, trat im Kabinett die Meinung in den Vordergrund, eventuell die Ordnung der Finanzen hinter die Erledigung des Young-Planes deshalb zurückzustellen, weil doch vorläufig keine Verständigung auf einen bestimmten Finanzplan zustande kommt.

In den politischen Kreisen war auch die Rede von einem Schritt der Wirtschaft in der Angelegenheit, der bei der Volkspartei erfolgt sei, um ein Nachgeben herbeizuführen. Volksparteiliche Abgeordnete äußerten sich allerdings dahin, es könne sich nur um eine persönliche Aktion einzelner Herren gehandelt haben und nicht um einen gemeinsamen Vorstoß der führenden Wirtschaftskreise.

Die Entscheidung wieder hinausgeschoben

Berlin, 4. März. Die Sitzung des Reichskabinetts am Dienstag nachmittag war nur von kurzer Dauer. Sie brachte wieder keine Entscheidung, die nunmehr wohl erst am Mittwoch abend nach den Fraktionssitzungen der Sozialdemokraten und des Zentrums fallen wird, die am Nachmittag um 17 Uhr zusammentreten sollen. Erst dann wird das Reichskabinett in der Lage sein, einen endgültigen Beschluß über die Frage des Notopfers bezw. über das „Junctim" zwischen Youngplan und Reichshaushalt 1930/31 zu fassen.

Ein Ausweg aus der Krise?

Berlin, 4. März. In Ergänzung der amtlichen Mitteilung über die Kabinettssitzung vom Dienstag erfährt die Telegraphenunion aus parlamentarischen Kreisen der Regierungsparteien, daß diese nach dem Verlauf der Kabinettsberatung vom Dienstag nachmittag auf eine Entspannung der Lage hoffe.

In der Ministerbesprechung stand ein neuer Vorschlag des Finanzministers Moldenhauer zur Aussprache, der unter Vermeidung jeder direkten Besteuerung den verbleibenden hundert Millionen Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung auf andere Weise decken soll.

Und zwar verlautet, daß der neue Vorschlag auf eine weitere Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ½ Prozent und einen Zuschuß von 30 Millionen aus dem Reservefonds der Industrieobligationen hinzielt.

*

Abermalige Verschiebung der Young-Gesetze?

Der Reichstag soll am Donnerstag die Young-Gesetze beraten. Bei der fortdauernden Ungeklärtheit der Finanzfrage verlautet jedoch, daß von Zentrumsseite nochmals der Versuch gemacht werden soll, die zweite Lesung des Young-Planes um eine Woche zu verschieben. Von der Sozialdemokratie wurde jedoch ein solches Vorhaben bereits ziemlich entschieden abgelehnt.

Hinter den Kulissen der Zollfriedenskonferenz

Genf, 4. März. Die hinter den Kulissen der Zollfriedenskonferenz fortgesetzt geführten privaten Verhandlungen haben jetzt zur Ausarbeitung eines geschlossenen Planes geführt, der Dienstag nachmittag den an diesen Besprechungen nicht beteiligten Mächten zur Kenntnis gebracht worden ist. Danach soll auf dieser Konferenz ein Zollwaffenstillstand, auf längere Dauer zwischen einer Gruppe von Staten abgeschlossen werden und zwar vor allen zwischen denjenigen Staaten, die keine festen Zolltarife besitzen. Die übrigen am Zollwaffenstillstand nicht teilnehmenden Mächte sollen ihrerseits dagegen ein Abkommen über die Verlängerung der geltenden Handelsverträge für die Dauer des Zollwaffenstillstandes abschließen. Zwischen diesen beiden Staatengruppen soll sodann ein weiteres Abkommen geschaffen werden, wonach die autonomen Zolltarife nur nach einmonatiger Kündigung erhöht werden können, um den Regierungen hierdurch Zeit zu Verständigungsverhandlungen zu geben.

Diese drei Abkommen sollen in einer einheitlichen Konvention zusammengefaßt werden, für die bereits ein Entwurf vorliegt. Bisher haben England und Deutschland sich bereit gezeigt, eine derartige Regelung zu erörtern, während die italienische Regierung eine ablehnende Haltung eingenommen hat. Ungewiß ist noch, welche Stellungnahme Frankreich hierzu einnehmen wird. Der neue französische Handelsminister Flandin trifft Freitag in Genf ein, so daß die offiziellen Verhandlungen über diesen neuen Plan voraussichtlich erst am Sonnabend aufgenommen werden können.

Baldwin verlangt eine Volksabstimmung über die Nahrungsmittelsteuern

London, 4. März. Baldwin legte am Dienstag in einer großen Rede vor den Vertretern der Konservativen Vereinigungen im Hotel Cecil die Grundzüge der Politik der Konservativen Partei dar. Im Mittelpunkt seiner Rede stand der Vorschlag über die Frage der Einführung von Nahrungsmittelsteuern, eine Volksabstimmung abzuhalten. Ihm schwebe außerdem die Einberufung einer Reichskonferenz vor, auf der alle zwischen Mutterland, Dominion und Kolonien bestehenden Fragen erörtert werden müßten.

Diese beiden Vorschläge: Einberufung einer Reichskonferenz zur Erörterung aller wirtschaftlichen Fragen mit den Dominions und Abhaltung einer Volksabstimmung über Nahrungsmittelabgaben sind dazu bestimmt, der Weltreichspartei Lord Beaverbrools den Boden wegzuziehen. Praktisch ist der Baldwinsche Vorstoß deshalb von großer Bedeutung, als nun Lord Beaverbrook und Lord Rothermere nicht mehr länger behaupten können, die Mehrheit des britischen Volkes für ihre Politik hinter sich zu haben, da die von Baldwin vorgesehene Abstimmung — die allerdings erst von einer konservativen Regierung durchgeführt werden soll — die wirkliche Einstellung der Mehrheit des Volkes zweifelsfrei ergeben wird. Die Vorschläge Baldwins sind daher ein schwerer Schlag für die Partei Lord Beaverbrooks, ohne die Konservativen in der Weise festzulegen, wie Lord Beaverbrook es wünscht. In einer Entschließung wurden Baldwins beide Vorschläge begrüßt.

Vorsorge gegen Putschgefahr.

Sämtliche Kommunistenkundgebungen in Bayern verboten

Die Kommunisten hatten für den 6. März bekanntlich auch in Bayern in allen größeren Städten öffentliche Umzüge anläßlich des kommunistischen Kampftages geplant. Außerdem waren anläßlich des Gewerkschaftskongresses am 9. März kommunistische Veranstaltungen vorgesehen. Die Polizeidirektion München hat alle diese geplanten Demonstrationen und Kundgebungen sowohl für den 6. als auch für den 9. März unter Hinweis auf die entsprechenden Bestimmungen in der Reichsverfassung verboten.

Ueberschwemmungskatastrophe in Südfrankreich.

Zahlreiche Menschenleben vernichtet.

Das französische Departement Tarn ist von einer furchtbaren Überschwemmungskatastrophe heimgesucht worden. Nach den bisherigen Meldungen sind dabei mehr als 20 Menschen ums Leben gekommen. Die Stadt Montauban ist auf allen Seiten von jedem Verkehr abgeschnitten. In mehreren Stadtvierteln sind Häuser eingestürzt. Zehn Soldaten, die bei den Rettungs- und Bergungsarbeiten mitgewirkt hatten, fehlten beim Appell. Zeugen wollen gesehen haben, wie zwei von ihnen bei den Rettungsarbeiten ertranken. Montauban hat zurzeit weder Trinkwasser noch Gas noch elektrischen Strom. Infolge der kritischen Lage sollen die Behörden eine vorläufige Aussetzung der Rettungsarbeiten angeordnet haben, um nicht weitere Menschenleben aufs Spiel zu setzen. Ein Automobil ist, als es eine Brücke in der Nähe von Montauban passierte, infolge plötzlichen Einsturzes der Brücke von den Fluten verschlungen worden.

Auch die bei Toulouse gelegene Ortschaft Villemur am Tarn ist außerordentlich schwer heimgesucht worden. Sie ist ebenfalls durch das Hochwasser vollkommen vom Verkehr abgeschnitten. Zwei Hängebrücken sind weggeschwemmt worden. Man hat Vorkehrungen getroffen, auf funkentelegraphischem Wege mit den Bewohnern von Villemur in Verbindung zu treten.

In Albi sind drei Personen ums Leben gekommen. In Saint-Amans überschwemmten die Fluten den Friedhof und rissen die Särge mit sich fort.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF